



SP Kanton Bern - Postfach 2947 - 3001 Bern

Finanzdirektion
Münsterplatz 12
Postfach
3000 Bern



Bern, 21. November 2023

VERNEHMLASSUNGSANTWORT

Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG)

Sehr geehrte Frau Finanzdirektorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung der Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich. Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung.

Mit dem vorliegenden Bericht zur Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich zeigt sich, dass die Finanz- und Lastenausgleichssysteme einen grossen Beitrag innerhalb des Kantons Bern leisten, die Lebensverhältnisse im gesamten Kanton auf ein gleichwertiges Niveau zu heben. Daher unterstützt die SP Kanton Bern die Grundsätze des FILAG.

Wir erachten als wichtig, dass jede Gemeinde einen guten Service public bieten kann. Dazu gehören insbesondere Angebote, die den Menschen direkt dienen, z.B. familienergänzende Kinderbetreuung, gute ÖV-Anbindung usw. Das bedeutet, dass die Mindestausstattung gewährleistet sein muss.

Einen konkreten Handlungsbedarf gibt es aus unserer Sicht im Bereich der Massnahmen zu Gunsten der Gemeinden mit besonderer Belastung. Die Systematik zur Abgeltung von Zentrumslasten ist aus unserer Sicht in der geltenden Form nicht ausgewogen und es besteht daher ein zwingender Handlungsbedarf.

Eine deutliche Erhöhung der Gesamtsumme der Pauschalabgeltung ist zwingend notwendig. Eine reine Umverteilung der zur Verfügung stehenden 90.8 Millionen Franken führt zur Reduktion der Abgeltung der Zentrumslasten der betroffenen Zentrumsgemeinden. So begrüßen wir zwar, dass

die Stadt Thun zukünftig ihre Zentrumslasten besser abgegolten bekommen soll, dies darf aber nicht auf Kosten der Städte Bern oder Biel erfolgen.

Zudem gehören aus unserer Sicht auch Burgdorf und Langenthal zu den Zentrumsstädten. Diese fünf Städte stellen innerhalb der jeweiligen Region die kulturellen, sportlichen und wirtschaftlichen Zentren dar und müssen die damit verbundenen Kosten vollumfänglich abgegolten bekommen.

Weiter muss zeitnah eine Evaluation der effektiven regionalen und überregionalen Bedeutung zusätzlicher Gemeinden erfolgen wie Köniz, das nahezu gleich viele Einwohner:innen wie Thun hat oder auch kleinerer Gemeinden wie Lyss oder Spiez. Erfüllen weitere Gemeinden eine Zentrumsfunktion, so müssen die dadurch entstehenden Lasten ebenfalls abgegolten werden.

Insgesamt muss eine deutlich verbesserte Gleichbehandlung der Zentrumsgemeinden gelingen und die Gesamtheit der Gemeinden mit Zentrumsfunktion muss für die damit verbundenen Kosten einen fairen Ausgleich erhalten.

Wir danken Ihnen bestens für die Möglichkeit zur Stellungnahme und eine wohlwollende Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Anna Tanner
Co-Präsidentin



Ueli Egger
Co-Präsident



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär